

Geschäftsführung:
Fachdienst Sonstige Soziale Dienste und
Verwaltung

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Integrationsrates

am 16.11.2023

im Besprechungsraum 14, Rathausplatz 2 b

Anwesend:

Vorsitz:

Frau Kalliopi Georgiadou

Internationale Liste der SPD

Integrationsratsmitglieder

Frau Gesthimani Demirtzoglou

CDU-Internationale Liste

Herr Gülpasa Erdogan

CDU-Internationale Liste

Frau Fabiola Ferber

Internationale Liste der SPD

ab 18:05 Uhr

Herr Konstantinos Titokis

Internationale Liste der SPD

Frau Selma Ugur

Internationale Liste der SPD

Ratsfrau Julia Decker

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Otto Ersching

DIE LINKE.

Ratsfrau Brunhilde Gromball

FDP

Ratsfrau Nicole Schulte

SPD

Herr Rüdiger Rump

CDU

Vertreter f.
Ratsherrn Meyer

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Fabian Kessler

Frau Petra Göldner-Haldimann

Herr Jens Trimpop

Herr Thomas Wegener

Schriftführung:

Frau Patricia Stahlschmidt

Abwesend:

Integrationsratsmitglieder

Ratsherr Michael Meyer

CDU

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

2. Aktuelle Entwicklung im Bereich Flüchtlinge

Der erste Beigeordnete berichtet über die aktuellen Zugänge von geflüchteten Menschen. Es sind wieder aktuell Zuweisungen erfolgt. Vereinzelt handelt es sich um Personen aus der Ukraine. Die größere Anzahl kommt jedoch aus Drittstaaten. Die Aufnahmequote in Lüdenscheid wird z. Z. sehr knapp nicht erfüllt. Es ist jedoch auch trotzdem weiterhin Zuweisungen zu rechnen. Ferner wird es voraussichtlich so sein, dass die kommende Personenzahl die abgehende Personenzahl übersteigen wird, da der Druck im Aufnahmesystem weiterhin steigt. Dies ist ein bundes- und landesweites Phänomen, was sich auch auf Lüdenscheid auswirkt. Gleichwohl profitiert die Stadtgesellschaft Lüdenscheid noch von dem positiv Geleisteten des letzten Jahres. Es sind immer noch Menschen in Übergangswohnheimen, die selbst Mietverträge abschließen können. Herr Kessler verbindet diese Aussage mit einem Appell an die Vermieter, ihren Wohnungsbestand zu überprüfen.

Herr Kessler erklärt, dass die Stadt auf Sicht vorbereitet ist, jedoch die fernere Sicht abzuwarten bleibt. Spätestens 2024/2025 muss die Stadt aktiv handeln, wenn der Bund nicht handelt. Es gibt seit letzter Woche Hoffnung, dass der Bund aktiv wird, da sich der Bundeskanzler mit den Regierungschefs der Länder getroffen hat. Inwieweit die Vereinbarungen helfen bzw. ausreichen, bleibt abzuwarten. Die systematische Finanzierungsumstellung ist zu begrüßen. Aus kommunaler Sicht jedoch längst überfällig und die Beträge immer noch nicht ausreichend. Geld ist wichtig, wird aber nicht helfen die quantitativen Probleme wie Personal und Unterbringungsplätze zu lösen. Herr Kessler zitiert aus der Runde des Bundeskanzlers und der Regierungschefinnen und Regierungschefs die Aussage, dass Länder und Kommunen durch den Anstieg der irregulären Migration an die Grenzen des leistbaren bei Aufnahme, Unterbringung und Versorgung stoßen. Die Schaffung von Unterkünften ist nicht ohne Ende möglich. Aus Sicht des ersten Beigeordneten gilt dies auch für die Integration inklusive Kindertagesplätze und Schulen. Wir können alle gemeinsam den Menschen nicht mehr gerecht werden, die zu uns kommen. Konkret ist aus der Vereinbarung des Bundes und der Länder für die Kommunen zu erwähnen, dass es eine Ankündigung gibt, die die Verdoppelung des Bezugszeitraumes Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von 18 auf 36 Monate geben soll. Andererseits sollen diese Leistungen zukünftig regelhaft als Sachleistungen mittels einer bundeseinheitlichen Bezahlkarte abgewickelt werden soll. Details müssen jedoch noch abgewartet werden.

Fachdienstleiter Trimpop ergänzt die Ausführungen des Ersten Beigeordneten mit aktuellen Zahlen. Im Zeitraum von Anfang September bis Ende Oktober d. J. gab es Zuweisungen des Landes in Höhe von 43 Personen. Die Stadt lag in diesem Zeitraum bei einer Erfüllungsquote von 92 Prozent.

Seit Anfang November wurden durch das Land lediglich 3 Personen zugewiesen, da die Quote derzeit bei 99 Prozent liegt.

Die Unterbringung erfolgt immer noch in den städtischen Übergangswohnheimen und in Wohnungen, wobei der Fachdienst bestrebt ist, die Personen eher in den Wohnungen unterzubringen, um die Integration zu fördern.

Bei einer Massenzuweisung besteht die Möglichkeit Turnhallen zu aktivieren, so dass 230 Plätze relativ schnell eingerichtet werden können.

Hinsichtlich der freien Unterbringungsplätze macht sich Herr Trimpop derzeit noch keine Sorgen. In anderen Kommunen ist die Situation weitaus schlimmer.

Zurzeit leben 211 Personen aus Drittstaaten und 44 Ukrainer in städtischen Unterkünften. Weiterhin leben rd. 800 geflüchtete Ukrainer in privaten Wohnungen, die auch für den Schlüssel zur Erfüllungsquote herangezogen werden.

Auf die Frage nach unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen kann Herr Trimpop die Aussage treffen, dass sich der zuständige Fachbereichsleiter, Herr Reuver dahingehend geäußert hat, dass die Situation zwar ernst jedoch z. z. noch zu bewältigen ist.

Herr Ersching fragt nach, ob die Turnhallen im Integrations- und Begegnungszentrum und in der Herrmann-Gemeiner-Schule für den Sport zu Verfügung stehen. Herr Trimpop erklärt, dass die Örtlichkeit in der Parkstraße für die Unterbringung möbliert ist. Die Turnhalle am Dickenberg ist für den Sport freigegeben, kann aber schnellstmöglich zur Unterbringung hergerichtet werden. Herr Ersching macht darauf aufmerksam, dass es bei der Belegung von Turnhallen sicherlich in der Bevölkerung zu Spannungssituationen kommen kann. Er fragt nach Alternativen durch Leerstände in Lüdenscheid, wie z. B. bei den Lüdenscheider Wohnstätten.

Herr Kessler macht darauf aufmerksam, dass wir derzeit noch Plätze in den Übergangwohnheimen haben. Seitens der Stadt werden Turnhallen nur dann belegt, wenn ein vermehrter Zustrom von Menschen zu erwarten ist. Es sollen keine Turnhallen in aktiven Schulen belegt werden. Und auch die Turnhallen an der Parkstraße und dem Dickenberg sollen lediglich als „Überlaufbecken“ fungieren und wenn diese aktiviert werden müssen, schnellsten wieder für den Sport zu Verfügung gestellt werden. Es ist sicherlich so, dass die Wohnungsleerstände, die in 2022 ermittelt wurden bereits in einer Vielzahl durch den Zuzug der Ukrainer und auch andere Personengruppen nicht mehr existieren. Seine Lebenserfahrung zeige, dass die Personen, die nunmehr vermehrt zugewiesen werden, es weitaus schwerer auf dem Wohnungsmarkt haben werden als die ukrainischen Flüchtlinge. Sicherlich müssen auch aus diesem Grund in 2024 Entscheidungen getroffen werden, dass die Stadt auch 2025 die Personen unterbringen kann.

Herr Ersching verweist auf die Leerstände der Lüdenscheider Wohnstätten AG, die in der Straße Am Grünwald zu finden sind.

3. Bürgeramt: Jahresbericht 2022 Vorlage: 246/2023

Der erste Beigeordnete erklärt, dass es sich im Fachdienst Bürgeramt und Standesamt um Jahresberichte handelt. Beide Fachdienste unterlagen in dem letzten Jahr einer deutlichen Internationalisierung, was Verwaltungsverfahren verlängert und erschwert.

Herr Wegener berichtet in Vertretung für Herrn Frenz über die Arbeit des Bürgeramtes.

Herr Kessler berichtet von der geplanten Veränderung nach dem Einbürgerungsgesetz und macht darauf aufmerksam, dass derzeit im Bürgeramt viele Anfragen kommen. Eine weitere Stelle wurde daher bereits eingerichtet. Es soll zu einer späteren Sitzung informiert werden.

4. Bericht über die Entwicklungen im Standesamt Vorlage: 243/2023

Die Fachdienstleiterin des Standesamtes berichtet über einen Zeitraum von 5 Jahren.

Im Anschluss werden Nachfragen beantwortet und Herr Kessler gibt weitere Informationen.

5. Berichte aus den Ausschüssen

Herr Ersching berichtet über den Bau- und Planungsausschuss.
Herr Erdogan stellt die Inhalte des Stadtplanungsausschusses vor.
Frau Gromball berichtet über den Werksausschuss des STL.

6. Verschiedenes

Herr Erdogan berichtet über die Stadtteilkonferenz Kluse.

Die Vorsitzende regt nochmals die Einrichtung der offenen Sprechzeiten des Integrationsrates an. Es wird festgehalten, dass jeweils der erste Freitag im Monat i. d. Z. von 16.30 – 17.30 Uhr diese Sprechstunde im Sauerlandcenter in den Räumlichkeiten des Fachdienstes Sonstige soziale Dienste und Verwaltung stattfinden soll. Es sollen jeweils zwei Mitglieder anwesend sein. Die Mitglieder werden sich in eine Liste eintragen, die die Geschäftsführerin erstellt. Die Termine sollen an die Presse weitergegeben werden. Herr Erdogan regt eine Veröffentlichung auch über Facebook an. Ob dies möglich ist, wird mit der Pressestelle geklärt.

7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

Es liegen keine Bekanntgaben, Beantwortungen von Anfragen und Anfragen vor.

gez. Georgiadou

Vorsitzende

gez. Stahlschmidt

Schriftführerin